

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses (7. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Kurt Hill, Eva Bulling-Schröter,  
Lutz Heilmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/5679 –**

### **Stufenbesteuerung und Quotenpflicht bei Biokraftstoffen zurücknehmen – Nachhaltigkeitskriterien umgehend einführen**

#### **A. Problem**

Während der Ausstoß von Kohlendioxid seit 1990 in Deutschland insgesamt gesunken ist, verzeichnet der Verkehrssektor eine Zunahme der Emission um sechs Prozent. Zudem entstehen durch Steuerbelastung und Beimischungsquoten schwierige Wettbewerbsbedingungen am Biokraftstoffmarkt.

#### **B. Lösung**

Mit dem Antrag wird angestrebt, die Bundesregierung aufzufordern, die stufenweise Besteuerung von Biokraftstoffen und die Quotenpflicht unverzüglich zurückzunehmen, ein Zertifizierungssystem für Anbaumethoden und Importbestimmungen vorzulegen, bei der Überkompensationsprüfung Nachhaltigkeitskriterien zu berücksichtigen sowie dem Deutschen Bundestag umgehend einen Biokraftstoffbericht vorzulegen.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Die Höhe der finanziellen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte des Bundes und der Länder werden im Antrag nicht beziffert.

#### **E. Bürokratiekosten**

Auf Informationspflichten für Unternehmen, Bürger und Verwaltung wird in der Vorlage nicht eingegangen.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/5679 abzulehnen.

Berlin, den 22. April 2009

### **Der Finanzausschuss**

**Eduard Oswald**  
Vorsitzender

**Norbert Schindler**  
Berichterstatter

**Dr. Axel Troost**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Norbert Schindler und Dr. Axel Troost

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5679** in seiner 115. Sitzung am 20. September 2007 dem Finanzausschuss zur federführenden Beratung überwiesen. Zudem sind der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mitberatend beteiligt.

Der Finanzausschuss hat den Antrag in seiner 126. Sitzung am 22. April 2009 beraten und die Beratung umgehend abgeschlossen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag strebt an, die Bundesregierung aufzufordern,

- die stufenweise Besteuerung von Biokraftstoffen und die Quotenpflicht unverzüglich zurückzunehmen und Biokraftstoffe bis Ende 2009 steuerfrei zu stellen,
- unverzüglich den Entwurf eines Zertifizierungssystems für Anbaumethoden und Importbestimmungen vorzulegen,
- bei der Überkompensationsprüfung Nachhaltigkeitskriterien zu berücksichtigen und als Grundlage für eine dynamische Besteuerung heranzuziehen sowie
- umgehend einen Biokraftstoffbericht vorzulegen.

Als Begründung führt der Antrag

- die gestiegene CO<sub>2</sub>-Emission im Verkehrssektor,
- die von der EU-Kommission betonte Bedeutung einer Steuerbefreiung von Biokraftstoffen,
- die aus der Besteuerung entstehenden Schwierigkeiten für kleine und mittlere Hersteller biogener Produkte und
- die wettbewerbsverzerrende Wirkung der Beimischung von Biokraftstoffen zu fossilen Mineralölprodukten zu Lasten kleiner und mittlerer Biokraftstoffbetriebe

an.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag am 22. April 2009 in seiner 91. Sitzung beraten und empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag am 22. April 2009 in seiner 102. Sitzung beraten und empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag am 22. April 2009 in seiner 85. Sitzung beraten und empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag am 22. April 2009 in seiner 88. Sitzung beraten und empfiehlt Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Finanzausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD** begründeten ihre ablehnende Haltung gegenüber dem vorliegenden Antrag mit dem Verweis auf den im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit federführend beratenen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen auf Bundestagsdrucksachen 16/11131 und 16/11641. Dieser werde unter Berücksichtigung der Änderungen gemäß Bundestagsdrucksache 16/12465 zur Annahme empfohlen. Von Seiten der Fraktion der CDU/CSU wurde außerdem bedauert, die deutschen Nachhaltigkeitskriterien würden nicht mit ausreichend Nachdruck gegenüber der Europäischen Kommission durchgesetzt. Nach der Festlegung der Nachhaltigkeitskriterien durch die Europäische Kommission für alle Mitgliedstaaten werde bestünde dennoch die Chance, trotz vermindelter Quote einen höheren Anteil von Biokraftstoffen zu liefern.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schloss sich der Kritik des Antragstellers an der Quotenpflicht gemäß dem Gesetz zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen an und betonte die Problematik der Quotenregelung insbesondere auch für reine Pflanzenöle. Dies habe dazu geführt, dass viele Biokraftstoffhersteller bereits nicht mehr am Markt existieren. Weitere Marktvereinigungen seien abzusehen. Die Politik der Bundesregierung und die Haltung der Koalitionsfraktionen seien unverantwortlich. Sie würde sich gegen alle Akteure des Biokraftstoffmarktes wenden. Ihre Stimmenthaltung begründete die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN damit, dass besser formulierte, eigene Anträge vorliegen würden.

Berlin, den 22. April 2009

**Norbert Schindler**  
Berichterstatter

**Dr. Axel Troost**  
Berichterstatter

